Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 93 (2002)

Heft: 22

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

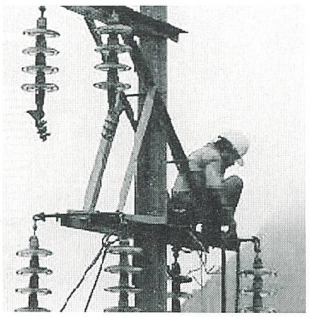
Keine konkreten Ziele bei Erneuerbaren am Weltgipfel

(d) In der Schlusserklärung des UNO-Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg wurde Anfang September auf Ministerebene vereinbart, den Anteil der erneuerbaren Energien am weltweiten Energieverbrauch «dringend substanziell zu erhöhen». Konkrete Ziele oder Fristen wurden dafür nicht festgelegt.

Ursprünglich hatten die Europäer darauf bestanden, als Ziel des Aktionsplans von Johannesburg bis 2010 einen Anteil von 15% erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch festzuschreiben. Dies stiess auf Widerstand der USA und der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC).

Angesichts der unverbindlichen Zielvorgaben will die EU-Kommission versuchen, ein Bündnis interessierter Staaten zu formieren, das sich auf konkrete Zielvorgaben innerhalb bestimmter Zeiträume verpflichtet.

Aussenminister Joseph Deiss zog aus dem Gipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg eine gemischte Bilanz: «Die Ergebnisse des Gipfels erfüllen nicht alle unsere Erwartungen. Unsere Ziele wurden nicht in ihrer Gesamtheit erreicht, was ich bedaure. Ich denke hier auch an die Frage der erneuerbaren Energien, wo die von der Schweiz bezifferten und hart verfochtenen Zielsetzungen im Aktionsplan keinen Platz fanden.» Er hob aber auch die positiven Resultate des Gipfels hervor: China und Russland haben angekündigt, das Kyoto-Protokoll ratifizieren zu wollen, das somit bald in Kraft treten kann.



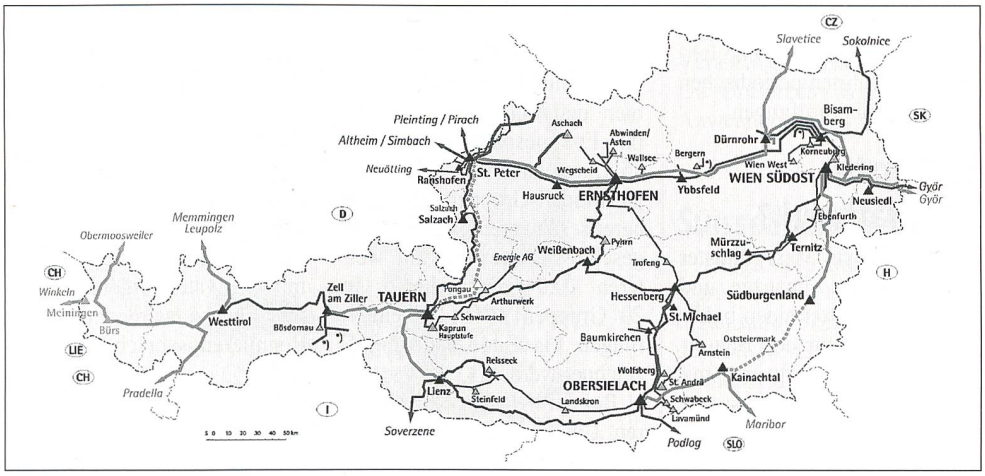
China und Russland haben in Johannesburg ihre Ratifikation des Kyoto-Protokolls bekannt gegeben (im Bild ein Elektriker in China).

Hochwasserkatastrophe: Höchstspannungsnetz bis an die Grenze ausgelastet

Im Zuge der jüngsten Hochwasserkatastrophe in Mitteleuropa ist es nur der leistungsfähigen 380-kV-Anbindung zu den Nachbarstaaten und deren Hilfestellung zu verdanken, dass die betroffenen Gebiete vor weitreichenden Stromausfällen bewahrt werden konnten. Der Transport der Strommengen aus den weit entfernten Kraftwerken zu den Verbrauchsschwerpunkten hat das bestehende 220-kV-Höchstspannungsnetz abermals bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit ausgelastet.

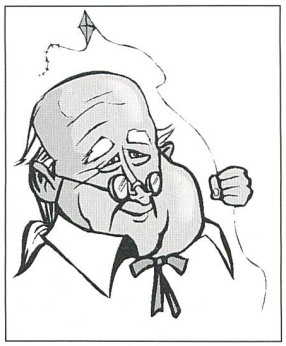
Solche Engpasssituationen sind auch in den Wintermonaten 2001/2002 mehrfach aufgetreten. In diesem Zusammenhang betont die Verbund-Austrian Power Grid AG (APG) erneut die Wichtigkeit des übergeordneten Ausbaues des Netzes mit den projektierten 380-kV-Leitungen vom Umspannwerk Tauern/Kaprun über Salzburg nach St. Peter/Braunau am Inn sowie vom Umspannwerk Kainachtal südlich von Graz in das Südburgenland. Nur ein leistungsfähiges 380-kV-Übertragungsnetz stellt langfristig sowie auch in Krisensituationen die Versorgung Österreichs mit Elektrizität sicher.

Die Stromerzeugung der Laufwasserkraftwerke an der Donau, Enns, Salzach und Inn war durch Hochwasser auf ein Minimum reduziert. Es fiel die Erzeugung der Donaukraftwerke innerhalb kurzer Zeit auf rund 10% der Leistung. Dies



Verbund-Stromnetz in Österreich (Bild Verbund).

Der Blitzableiter



Atomkraft-Comeback «befürchtet»

(sm) Die Kernkraft steht womöglich vor einem weltweiten Comeback. Das sagen nicht KKW-Kreise, sondern «befürchtet» zumindest die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Das «Greenpeace Magazin» schreibt in seiner neuesten Ausgabe, dass derzeit insgesamt 42 Kernkraftwerke im Bau und weitere 142 in verschiedenen Stufen der Planung sind. Etliche der 438 KKWs, die derzeit auf dem ganzen Globus in Betrieb sind, würden zudem länger am Netz bleiben als ursprünglich vorgesehen. Aus diesem Grund wurde der 70er-Jahre-Aufkleber «Atomkraft? Nein danke!» neu gestaltet. Als Motive für eine mögliche nukleare Renaissance nennt das «Greenpeace Magazin» nationales Prestige, das vor allem in Asien eine Rolle spiele, wo derzeit die meisten KKWs entstünden, sowie strategische Erwägungen.

B. Frankl

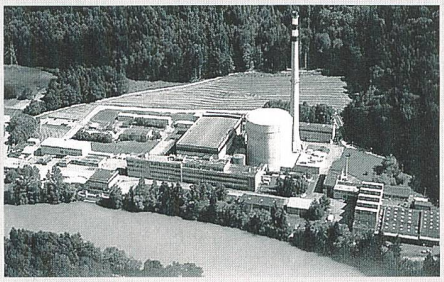
Comeback des nostalgischen «70er-Jahre-Aufklebers»?

Kernenergiegesetz im Nationalrat

(d/ef) Der Nationalrat hat am 23. September als Zweitrat die im Sommer unterbrochene Revision des Kernenergiegesetzes (KEG) durchberaten und mit 56 zu 47 Stimmen bei 48 Enthaltungen angenommen. Es handelt sich um den indirekten Gegenvorschlag zu den Volksinitiativen «MoratoriumPlus» und «Strom ohne Atom». Die Gesamtabstimmung zeigte die Unzufriedenheit bei den Kernenergiebefürwortern und -gegnern über die Resultate der Beratung. Die beiden Antiatom-Initiativen wurden mit einem Stimmenverhältnis von rund 90 zu 60 abgelehnt.

Gemäss Nationalrat sollen bei der Erstellung von neuen Atomanlagen und Tiefenlagern für radioaktive Abfälle die Kantone ein Vetorecht erhalten. Der Export abgebrannter Brennstäbe und die Wiederaufarbeitung sollen weiterhin möglich bleiben.

Der Nationalrat verhinderte die zusätzliche Verteuerung des Stilllegungs- bzw. Entsorgungsfonds durch neue Steuern und Abgaben. Ein Ökozuschlag auf Atomstrom wurde knapp angenommen. Mit der Annahme der Lenkungsabgabe (Abgabe von 0,3 Rp./kWh auf Atomstrom), der Einspeisevergütung und der Durchleitung (Schaffung einer Netzgesellschaft und privilegiertes Durchleitungsrecht für EVUs im Verhältnis des Anteils an erneuerbaren Energien) wurden alle wichtigen Artikel für die Förderung erneuerbarer Energien angenommen.



stellte einen einmaligen Negativrekord dar. Die fehlende Erzeugung in den durch das Hochwasser betroffenen Gebieten musste durch den verstärkten Einsatz der Kraftwerke im Süden und Westen Österreichs und über massive Importe ersetzt werden.

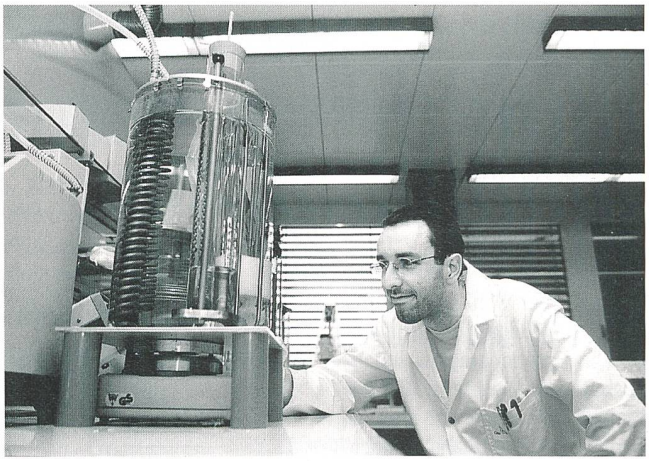
Insgesamt hat die österreichische Stromwirtschaft die schwierige Situation aufgrund der Hochwassersituation nur mit Hilfe leistungsstarker Leitungsverbindungen und durch starke Vernetzung mit 380-kV-Auslandsleitungen gerade noch bewältigen können.

Weitere Zehnjahresbewilligung für 34 französische KKW

(sva) Alle 34 französischen Kernkraftwerksblöcke der 900-Megawatt-Klasse erhalten das grüne Licht der Behörden für weitere zehn Jahre Betrieb. Dies geht aus einem offenen Brief hervor, den die nukleare Aufsichtsbehörde DGSNR an die Betreiberin der Anlagen, die Electricité de France, richtete. Das Schreiben markiert den erfolgreichen Abschluss der zweiten Serie der alle zehn Jahre durchgeführten periodischen Sicherheitsüberprüfungen.

Bald erstes EPR-Kraftwerk?

(sva) Francis Mer, Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie, erwartet einen baldigen Entscheid für den Bau eines ersten Kernkraftwerks mit Europäischem Druckwasserreaktor des Typs EPR in Frankreich. Mer äusserte sich vor einem parlamentarischen Komitee über die zukünftige Energiepolitik des Landes. Sie soll sich weiterhin auf die Kernenergie stützen, gleichzeitig das Gas und die erneuerbaren Energien fördern. Die Kernenergie sei die beste Antwort auf den Treibhauseffekt, und das Beispiel Finnland habe gezeigt, dass das Problem der bescheidenen Volumen hochradioaktiver und langlebiger Abfälle nicht unlösbar ist.



300 grosse Unternehmen arbeiten mit der EnAW zusammen (Bild Ciba).

Positive Zwischenbilanz der Energieagentur der Wirtschaft

(efch) Die Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) präsentierte am 4. September 2002 nach zehn Monaten operativer Arbeit erstmals eine Zwischenbilanz. Gemäss dem Stand der Umsetzung geht die Agentur davon aus, dass die Schweizer Wirtschaft die ihr gestellten CO_2-Reduktionsziele erreichen werde.

300 grosse Unternehmen arbeiten mit der EnAW zusammen und untersuchen einzeln ihr Energiesparpotential. Mit 75 Unternehmen in acht Energie-Modell-Gruppen konnten bereits Zielvereinbarungen abgeschlossen werden; mit weiteren 180 Unternehmen in 20 Gruppen sollen Vereinbarungen bis Ende Jahr unterzeichnet werden.

Bei den Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) gestalte sich dagegen die Ausarbeitung von Zielvereinbarungen schwieriger. Aus diesem Grunde arbeite man bei den KMU mit einem Benchmark-Modell, das sich an der branchenüblichen Energieeffizienz ausrichtet.

Die bereits abgeschlossenen Zielvereinbarungen repräsentieren eine Reduktion um 0,6 Mio. t CO_2. Bis Ende Jahr sollen es 2,0 Mio. t sein; das entspricht mehr als 20% des gesamten CO_2-Ausstosses der Schweizer Wirtschaft. Bis Ende 2003 soll dieser Anteil auf 40% angehoben werden.

Strommarkt und Terminmärkte

In einer neuen Studie des Sachbuchautoren Wolfgang Hafner ging es darum, mögliche Probleme aufzulisten, die mit dem sukzessiven Bedeutungsgewinn von Terminmärkten im Energiehandel auftreten könnten. Auftraggeber waren: Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), World Wildlife Fund Schweiz (WWF), Greenpeace Schweiz, Schweizerische Energiestiftung (SES), VPOD Zürich und Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK). Dabei wurden die zusätzlichen Probleme herausgearbeitet, die sich aufgrund der zu erwartenden starken Zunahme des Handels mit Derivaten ergeben könnten. Ebenso wurden mögliche Regulierungsvorschläge erarbeitet.

Die Studie «Strommarktliberalisierung und Terminmärkte» zeigt verschiedene Entwicklungs-Kernpunkte der

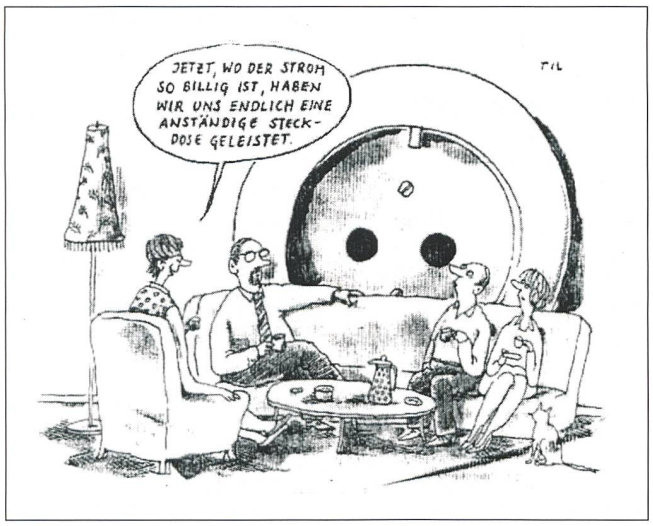
Energiemarktliberalisierung auf. Hier einige Zitate:

- Es findet eine Abstraktion vom gehandelten Gut (Strom) statt. Das Produkt wird nicht mehr vorwiegend physisch, sondern weitgehend nur noch virtuell gehandelt.
- Der auf kurzfristige Reaktion ausgerichtete Wettbewerb zwingt die Produzenten zu schnellerer Amortisation ihrer Anlagen und zu kürzeren Planungs- und Realisierungszeiten für neue Anlagen.
- Die Priorität des Handels gegenüber der Produktion und dem Verbrauch sowie die Kurzfristigkeit des Handels zwingt die Akteure zu umfassendem Risikomanagement; sie müssen sich absichern.
- Im liberalisierten Strommarkt findet eine Differenzierung der Stromlieferungen und der Reservehaltung statt. Die Versorgungssicherheit wird zwar garantiert, aber zu unterschiedlichen Preisen.
- Die mit der Liberalisierung verbundene Internationalisierung führt dazu, dass Energieversorgungsunternehmen, wie andere globalisierte Unternehmen, dort Abgaben und Steuern entrichten, wo sie am tiefsten sind.
- Die Bedeutung von Spotmärkten, die das kurzfristige Angebot und die kurzfristige Nachfrage befriedigen, wird im liberalisierten Strommarkt zunehmen.
- Ein grosser Teil des Stromhandels findet ausserbörslich «over the counter», über den Ladentisch statt. Diese Kontrakte sind, weil privat vereinbart, meist unreguliert und intransparent.

«Was für die Schweiz an regulatorischen Möglichkeiten noch offen bleibt ist begrenzt», so die Studie (im Internet unter www.sgb.ch). Die Studie wurde von Gewerkschaften und Umweltorganisationen in Auftrag gegeben, die unterschiedliche Haltungen in Bezug auf das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vertreten. Die Schlussfolgerungen der Studie wurden denn auch nicht von allen Auftraggebern gutgeheissen.

Liberalisierung hat gegriffen

(a) Die österreichische Strommarktliberalisierung vom Oktober 2001 hat nach Einschätzung des Stromregulators E-Control gegriffen. Nicht zuletzt dank der Liberalisierung seien die Strompreise in den vergangenen Monaten niedriger gewesen als vor der Liberalisierung. Im Juli 2002 war Strom nach Erhebungen der Energieverwertungsagentur um 4,4% billiger als im Vorjahr. E-Control hofft, dass der Trend zu mehr Wettbewerb trotz der angestrebten Strom- und Gas-Allianzen fortgesetzt werde.



Was bringt Strommarktliberalisierung (Bild EXXA)?

«EnergieSchweiz» setzt Schwerpunkte für 2003

Die Strategiegruppe EnergieSchweiz von Bund, Kantonen, Wirtschaft und Umweltorganisationen hat Bilanz gezogen und die zukünftigen Leitlinien des bundesrätlichen Programms definiert. Ohne massive Verstärkung der freiwilligen Massnahmen, der Anreize und der gesetzlichen Vorgaben wird man aus heutiger Sicht um eine CO_2-Abgabe nicht herumkommen, wenn die Schweiz ihre energie- und umweltpolitischen Ziele erreichen will.

Die Bilanz des schweizerischen Energieverbrauchs ist ernüchternd: Im Jahr 2001 hat der Gesamtenergieverbrauch um 2% zugenommen, die Zahl der Motorfahrzeuge stieg nochmals an, und wegen des kalten Winters wurde vor allem 5% mehr Heizöl verbraucht. Dies trotz Fortschritten mit dem Programm EnergieSchweiz: 5,2% Einsparungen auf dem ganzen Energieverbrauch konnten im Jahr 2001 erzielt werden. Im letzten Jahr von Energie 2000 waren es 4,6% gewesen. Damit hat EnergieSchweiz den Anschluss an Energie 2000 geschafft.

Die Strategiegruppe EnergieSchweiz hat die Grundsteine für die zukünftigen Arbeiten gelegt. Auf- und Ausbau sind nun gefragt. Es gilt, die Gebäudestrategie der Kantone tatkräftig umzusetzen, ebenso die Zielvereinbarungen im Mobilitätsbereich (mit auto-schweiz), mit der Wirtschaft (EnAW) und den Branchen der erneuerbaren Energien (AEE). Zusätzlich braucht es weitere Anreize zur Verminderung des Energieverbrauchs im Gebäudesektor und im Verkehr. Gefordert sind aber auch die Verantwortlichen für Aus- und Weiterbildung im Energiesektor. Die Umsetzung von Forschungserzeugnissen in die praktische Anwendung muss verstärkt werden.

SuisseEnergie fixe les priorités pour 2003

Le groupe stratégique de SuisseEnergie, dans lequel sont représentés la Confédération, les cantons, l'économie et les organisations écologistes, a tiré un premier bilan du programme du Conseil fédéral et défini les lignes directrices pour la suite. A moins d'un renforcement drastique des mesures librement consenties, des incitations ainsi que des directives légales, une taxe sur le CO_2 apparaît aujourd'hui inévitable pour que la Suisse atteigne ses objectifs énergétiques et environnementaux.

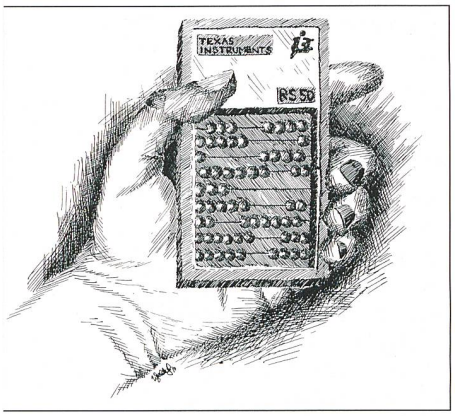
Energiepreisstopp in Italien

(d) Die italienische Regierung hat Ende August beschlossen, die Preise für Strom, Wasser und Gas bis zum 30. November einzufrieren. Damit soll die Inflation bekämpft werden.

Internationale Rechnungslegungsstandards fördern

(ee) Die neue EU-Verordnung zur Anwendung des internationalen Rechnungslegungsstandards «bedeutet einen wichtigen Schritt hin zu mehr Transparenz und besserer Vergleichbarkeit der Unternehmensabschlüsse und somit zu höherer Effizienz der Kapitalmärkte». Diese Einschätzung findet sich in einer Stellungnahme des Dachverbands Union of the Electricity Industry-Eurelectric, der die Elektrizitätswirtschaft auf gesamteuropäischer Ebene vertritt. Die Eurelectric-Experten für Buchführung fordern die Regierungen der Mitgliedsstaaten darüber hinaus dazu auf, auf die in der Bestimmung vorgesehene Möglichkeit zurückzugreifen, sich für die die Anwendung der Normen des International Accounting Standards Board (IASB) auch durch nicht börsennotierte Unternehmen und bei (nicht konsolidierten) Einzelabschlüssen einzusetzen. Eurelectric zeigt sich besorgt darüber, dass die zuständigen Behörden einiger Staaten beabsichtigen, die Anwendung der International Accounting Standards (IAS) bei gewissen Jahresabschlüssen zu untersagen.

Die neue Verordnung des Parlaments und des Rats, die im Juni dieses Jahres verabschiedet wurde, fordert die einheitliche Anwendung des International Accounting Standards (IAS) bei den konsolidierten Konten börsennotierter Unternehmen ab dem 1. Januar 2005. Mit dieser Bestimmung wird der Zweck verfolgt, die finanziellen Informationen der notierten Unternehmen zu vereinheitlichen, um für mehr Transparenz und eine bessere Vergleichbarkeit und somit für eine effizientere Arbeitsweise des Kapital- und Binnenmarkts der EU zu sorgen. Die Bestimmung bietet den Mitgliedsstaaten darüber hinaus die Möglichkeit, die Anwendung der internationalen Standards auch bei Jahresabschlüssen und nicht notierten Firmen zu ermöglichen bzw. vorzuschreiben.



Neue Rechnungslegungsstandards.

Encourager les normes comptables internationales

(ee) Le nouveau règlement de l'Union Européenne relatif à l'application des normes comptables internationales (IAS) «représente un pas important vers une plus grande transparence et comparabilité des états financiers des entreprises, et vers une plus grande efficacité du marché des capitaux». Ceci est le message clé d'une prise de position adoptée par l'association professionnelle Union of the Electricity Industry-Eurelectric, qui représente le secteur électrique au niveau de toute l'Europe. Par ailleurs, les experts financiers d'Eurelectric invitent les gouvernements nationaux à recourir à l'option du règlement destinée à promouvoir l'extension des normes IAS aux entreprises non cotées et aux bilans individuels (non consolidés). Eurelectric se dit inquiète de l'intention de certains Etats de faire obstacle à cette extension de l'utilisation des normes comptables internationales.

Strompreise steigen

(ge) Staatliche Belastungen für die Energiewirtschaft und Investitionen in neue Kraftwerke fressen die Preissenkungen auf dem deutschen Strommarkt wieder auf. Dies äusserte der Präsident des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Werner Brinker. Die Verbraucher müssen sich auf weiter steigenden Strompreisen einstellen. Inzwischen machen die Steuern und Abgaben 41% der Stromrechnung eines Privatkunden aus. Sollte die geplante Erhöhung der Ökosteuer zum Anfang 2003 greifen, wird der Strom wieder genauso teuer wie vor der Liberalisierung vor vier Jahren.

Nach den Berechnungen des Verbandes der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) sind die Strompreise in Deutschland im bisherigen Jahresverlauf um 2,2% gestiegen. Anfänglich gab es von Januar bis März einen Preisrückgang, danach gab es einen stetigen Anstieg. Im Wesentlichen sei dies auf den Einfluss der steigenden Grosshandelspreise zurückzuführen.

Die Verbraucherschützer sehen den Wettbewerb auf dem Strommarkt als gescheitert an, bisher haben nur 4% der privaten Stromkunden den Versorger gewechselt. Dies liege vor allem an der Behinderungstaktik der grossen Energiekonzerne, sie blockierten den Wettbewerb durch überhöhte Preise für die Netznutzung.

Privatisierung in den Niederlanden verschoben

(he) Die Regierung in Den Haag beschloss, die Privatisierung der regionalen Strom- und Gasnetze auf Januar 2004 zu verschieben. Zuerst sollen die Regeln für die Regulierung vereinfacht und die Aufsicht über die Netze verbessert werden. Ab 2004 sei es dann nicht mehr relevant, ob die Energieversorgung in öffentlicher oder privater Hand läge. Der Aufschub habe keine Auswirkung auf den Einstieg der RWE Gas AG, Dortmund, beim Helmonder Gasverteiler Obragas.

Rumänien will Strommarkt reformieren

(sk) Rumänien plant eine Reformierung des Strommarktes. Ziel ist die Senkung der Kosten. Dies soll durch die Schaffung kleiner, unabhängiger Unternehmen gelingen. Dadurch soll zugleich der Wettberwerb erhöht und der Einstieg privater Investoren erleichtert werden. Geplant ist zu diesem Zweck der Verkauf der beiden Versorger Electrica Banat SA und Electrica Dobrogea SA.

Neuer Internetauftritt von Eurelectric

Eurelectric startete im September 2002 sowohl im öffentlichen als auch im mitgliederinternen Bereich seinen neuen Internetauftritt (eurelectric.org). Das neue System stützt sich auf ein kräftiges Portal, mit dem es möglich ist, alle Funktionen auf dynamische und effiziente Art und Weise zu verlinken.

Frankreich fördert Solarenergie

(bde) Bei der Förderung der Solarbranche orientieren sich verschiedene Regierungen am aufwändigen deutschen «Erneuerbare Energiegesetz». Schon seit über einem Jahr zahlt Frankreich für Windstrom ähnlich günstige Einspeisevergütungen wie Deutschland, nämlich zwischen acht und neun Cent.

Jetzt schliesst auch die Solarenergie in Frankreich auf. 4600 Euro Zuschuss gibt es pro Kilowatt installierter Leistung. Das sind bis zu 60% der Kosten. Ausserdem gibt es jetzt zusätzlich eine Einspeisevergütung von 15,25 Cent pro Kilowattstunde für 20 Jahre. In Frankreich ist deshalb ein kräftiger Aufschwung für die Photovoltaik zu erwarten.